

SPD-Politiker: Patientendaten im Visier

Der SPD-Politiker Eike Hovermann nahm bei der Diskussion um die elektronische Gesundheitskarte (eCard) gestern auf dem Hauptstadtkongress in Berlin kein Blatt vor den Mund: Das Ziel der Karte werde ad absurdum geführt, wenn die Patienten entscheiden könnten, welche Daten sie speichern lassen. "Wer nicht alle Patientendaten einbringt, hat auch keinen Anspruch auf volle Versorgung", nach diesem Motto will Hovermann die Bürger drängen, ihre gesamten Daten preiszugeben. Es gebe eben nicht nur Rechte sondern auch Pflichten.

Dr. Andreas Köhler, Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, machte Hovermann zunächst darauf aufmerksam, dass die die SPD das informelles Selbstbestimmungsrecht ins Gesetz geschrieben habe. "Das können Sie nicht der Selbstverwaltung anlasten." Ein Problem in der Unvollständigkeit der Daten sieht aber auch er – und zwar ein haftungsrechtliches. So lange dieses nicht gelöst sei, könnten die Ärzte auf Doppeluntersuchungen nicht verzichten. "Wenn ein Patient, der unbedingt eine Schönheitsoperation haben möchte, ein relevantes Blutergebnis verschweigt bzw. löscht, darf nicht der Arzt dafür verantwortlich gemacht werden."

Größtes Hindernis für die Einführung der eCard ist der Datenschutz, konstatierte Köhler. "Wenn der Datenschutz nicht gewährleistet ist, wird es auch keine Akzeptanz von Patienten und Ärzten geben." Wie aber soll der Missbrauch verhindert werden? Durch hohe Sicherheitsmaßnahmen wie beispielsweise den sechsstelligen PIN-Code, sagte Prof. Ingo Flenker, Telematikbeauftragter der Bundesärztekammer. Die absolute Sicherheit aber gebe es nicht. "In einer elektronischen Welt können die Hürden noch so hoch sein, vor kriminellen Einwirkungen wird man sich nicht schützen können."

Flenker schätzt, dass der elektronische Arztausweis pro Arzt – der auch die Kosten übernehmen muss – im ersten Jahr zwischen 70 und 100 Euro kosten wird, in den Folgejahren 40 bis 60 Euro. Dies sei ähnlich wie bei einer Kreditkarte – auch dafür müsste man Jahr für Jahr wieder zahlen. Das Argument einer Ärztin aus dem Plenum, dass man bei einer Kreditkarte schließlich auch Leistung für das Geld bekomme, beim Arztausweis aber nicht, konnte Flenker nicht wirklich entkräften. Die Pflege der Karte müsse nun einmal finanziert werden.

Für Flenker ist die Karte auf jeden Fall eine Investition in die Zukunft: Die sektoralen Grenzen könnten durch die Telematik überwunden werden, die Qualität werde verbessert und auf lange Sicht rechnet er mit messbaren wirtschaftlichen Effekten.

Rubrik: Berufspolitik

17.06.2005 16:27 / Britta Loehr